

# »» Weltentwicklungsbericht 2017: Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit

Nr. 10, 18. Mai 2017



Autoren: Dr. Niels Kemper

Redaktion: Dr. Julia Sattelberger

Warum werden bestimmte Politikmaßnahmen von den Regierungen nicht oder nur halbherzig umgesetzt, obwohl sie aus technischer Expertensicht unstrittig erforderlich, zielführend und effizient sind (z.B. Korruptionsbekämpfung)? Warum werden andererseits bestimmte kostenträchtige Politikmaßnahmen nicht beendet, selbst wenn sie erwiesenermaßen unwirksam und manchmal sogar kontraproduktiv sind (z.B. Benzinpreissubventionen)? Nach Einschätzung der Weltbank liegt das häufig an der ungleichen Machtverteilung zwischen Individuen und Gruppen, die es Einzelnen ermöglicht, Politikmaßnahmen zu ihrem persönlichen Vorteil zu gestalten. Hier müssen Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit den Hebel ansetzen – so lautet die Kernbotschaft des Weltentwicklungsberichts 2017 „Governance and the Law.“

Die Weltbank versteht Governance dabei als Prozess, in dem staatliche *und* nicht-staatliche Akteure vor dem Hintergrund formeller Gesetze *und* informeller Regeln politische Reformprozesse gestalten und implementieren („rules game“).

Der Bericht arbeitet drei entscheidende Kernbereiche für erfolgreiche Politikgestaltung heraus, die in den folgenden Abschnitten kurz zusammengefasst werden:

- Voraussetzungen für die Umsetzung erfolgreicher Regierungsführung
- Der negative Einfluss von Machtasymmetrien
- Ansatzpunkte für die Verbesserung von Politikgestaltung.

## **Erfolgreiche Regierungsführung erfordert „richtige“ Maßnahmen, aber auch Standhaftigkeit, Koordinierung und Kooperation**

Die Identifizierung „richtiger“ Politikmaßnahmen ist nur eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Good Governance. Entscheidend sind nach Einschätzung der Weltbank daneben vor allem auch folgende Schlüsselfaktoren:

- **„Commitment“:** Die als „grundsätzlich richtig“ erkannten Politikmaßnahmen sollten durchgehalten werden, selbst wenn sich die Begleitumstände verschlechtern oder Partikularinteressen Widerstand organisieren.
- **Koordination:** Politikmaßnahmen müssen über verschiedene Politikfelder (Finanzen, Industrie, Stadtentwicklung etc.) und Akteure hinweg gut koordiniert werden, um breite Wirksamkeit zu entfalten.
- **Kooperation:** Effektive Politikmaßnahmen beschränken opportunistische Verhaltensweisen (z.B. die mangelnde Bereitschaft Steuern zu zahlen) in dem sie Konformität belohnen und Opportunismus sanktionieren.

## **Ungleiche Machtverteilung fördert Exklusion, „capture“ und Klientelismus**

Eine stark ungleiche Machtverteilung kann die Formulierung „richtiger Politiken“ bzw. ihre wirksame Umsetzung über folgende Mechanismen wirkungsvoll behindern:

- **Exklusion:** Durch den Ausschluss oder die Beschränkung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Prozess der politischen Entscheidungsfindung können diese ihre Interessen nicht wirksam geltend machen und werden bei der Ressourcenverteilung ggfs. benachteiligt.
- **„Capture“:** Auch wenn formal alle Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu staatlichen Leistungen oder Vergünstigungen haben, können einflussreichere Gruppen die Ressourcenverteilung so beeinflussen, dass der Nutzen hauptsächlich bei ihnen anfällt (von Mineralölsubventionen profitieren beispielsweise primär Unternehmer und Fahrzeugeigner).
- **Klientelismus:** Um persönliche Interessen im Zweifelsfall auch gegen das Gemeinwohl durchzusetzen versuchen einflussreichere Gruppen häufig sich politische Zustimmung durch Gewährung von Vorteilen zu erkaufen.

Eine dauerhafte Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen führt oftmals zu gewalttätigen Konflikten.

## **Ansatzpunkte: Anreizsysteme, internat. Normensetzung und Bestreitbarkeit**

Der Bericht betont, dass auch Eliten, Bürger und internationale Akteure durchaus Möglichkeiten haben, eine entwicklungsförderliche Politikgestaltung zu unterstützen. Zentrale Ansatzpunkte hierfür sind:

- **Anreizsysteme:** Eine ausgewogenere Machtteilung wird umso wahrscheinlicher, desto geringer die Kosten des Machtverzichts für die Eliten sind (z.B. Schaffung von Übergangsregelungen).
- **Internationale Normensetzung:** Internationale Akteure können über die Etablierung allgemeiner Standards (z.B. Menschenrechte, Umweltschutz) Einfluss auf die Präferenzen der lokalen Entscheidungsträger nehmen.
- **Bestreitbarkeit („contestability“):** Die Schaffung von Möglichkeiten, wahrgenommene Mängel oder Unzufriedenheiten auf friedliche Weise zu adressieren (z.B. Pressefreiheit, politische Partizipation, Bürgerinitiativen etc.) erhöht die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von „Guter Regierungsführung“ deutlich.

## **Fazit**

Der Bericht legt nahe, dass sich die internationale Entwicklungszusammenarbeit neben dem traditionellen Fokus auf Wirkungen und Ergebnisse („outcome game“) stärker als bisher mit den oben skizzierten Bedingungen beschäftigt, unter denen ergebnisrelevante Entscheidungen vor Ort zustande kommen („rules game“). ■

## **Literatur**

World Development Report (2017): *Governance and the Law*. URL: <http://www.worldbank.org/en/publication/wdr2017> [18.05.2017]